Wolfgang Hoffmann: Strauß und Lockheed – Akte eines Aktendramas (Seite 6)

Stellenangebote
Neue Positionen – neue Aufgaben
Seite 47 – Seite 51 a

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

Nr. 42 8. Oktober 1976 31. Jahrgang. Preis 2,20 DM C 7451 C

Für Ihre Reise:
Angebote – Informationen
Seite 53 – Seite 60

Die Koalition kann überleben

Aber Helmut Kohl kämpft weiter um die Kanzlerschaft

Von Kurt Becker

Die Bundesrepublik teilt das westeuropäische Schicksal: Nirgendwo etablieren sich an Wahltagen noch überwältigende Regierungsmehrheiten. Viele Regierende halten sich vor allem dadurch an der Macht, daß sie in den wichtigsten Bereichen nicht prinzipiell anders, sondern nur wirksamer handeln, als es von den Oppositionsführern, gewönnen sie die Wahlen, erwartet würde. Dies gilt auch für den Bundeskanzler. Die engagierte Bekenntniswahl von 1972 ist Historie. Am 3. Oktober sah sich unser Land nicht vor die Herausforderung einer konkreten Richtungsentscheidung gestellt. So blieb das Ergebnis trotz gewaltiger Stimmenverlagerungen unschärfer, als wir es gewöhnt sind.

Nur acht Sitze Vorsprung der sozial-liberalen Koalition im Bundestag — das liegt noch unterhalb jener traumatischen Zwölf-Sitze-Mehrheit, mit der Willy Brandt 1969 seine Regierungszeit begann und wegen deren Verfall er den Bundestag vorzeitig auflösen lassen mußte. Den Ausschlag gibt indessen: Das Volk hat am Wahlsonntag die machtpolitische Konstellation in Bonn nicht umgestülpt. Das Wählerpublikum hat alles in allem ein konservatives Grundverhalten gezeigt, wie meistens, wenn es nicht durch entscheidungsreife Schicksalsfragen aufgerüttelt wird. Davon hat gewiß auch der Kanzler, ein Sozialdemokrat mit konservativen Zügen, profitiert.

Der Disput um den wirklichen Gewinner ist müßig, ist bloße Stimmungsmache, wie sie vor der Wahl betrieben wurde. Helmut Schmidt ist der Wahlsieger, weil er das entscheidende Ziel erreicht hat — die Fortdauer der sozial-liberalen Koalition unter seiner Kanzlerschaft. Schmidts solide Regierungsleistung ist trotz aller Schwächen der Sozialdemokraten und trotz ihrer Skandale in Hessen, Bayern und Berlin honoriert worden. Der Kanzlerkandidat Helmut Kohl errang einen großartigen Erfolg. Niemand außer ihm hätte wohl die Union auf diese Stärke gebracht. Aber Kohls Anspruch war und ist auf die Führung der künftigen Regierung gerichtet. Nur daran kann, bei allem Respekt vor seiner Leistung, das Wahlergebnis gemessen werden.

Der Wahltag hat den mit leidenschaftlicher Härte geführten Kampf der beiden Kanzlerkandidaten nicht beendet. Helmut Kohl reklamiert nun als Vorsitzender der stärksten Partei das *moralische* Recht auf Kanzlerschaft. Natürlich besitzt der von ihm entfesselte Streit über die Bewertung von Mehrheiten keine verfassungspolitische Substanz. Aber er signalisiert eine neue Konfrontation, die jener gleichen könnte, mit der anfangs Kurt Georg Kiesinger und später vor allem Rainer Barzel Anfang der siebziger Jahre versuchten, die nie akzeptierte politische Niederlage von 1969 aus der Welt zu schaffen. Kohl vergißt: Eine Vorschrift, nach der die stärkste Partei, wenn sie nicht die absolute Mehrheit besitzt, auch die Regierung zu bilden hat, gibt es nicht.

Auch gibt es gar nichts daran zu deuteln, daß Hans-Dietrich Genscher und die Freien Demokraten vor dem Wahltag klar auf die Fortführung der sozial-liberalen Koalition eingeschworen waren. Schmidt und Genscher auf der einen, Kohl und Strauß auf der anderen Seite — so war und ist der Frontenverlauf. Im Moment gleicht Kohl mit seinem Anspruch einem General, der auf verlorenem Posten und ohne Truppen kämpft. Oder aber er spekuliert unziemlich darauf, daß der Bundespräsident formlos bei seinen alten Parteifreunden interveniert. Vielleicht ließ sich Kohl zu dieser Annahme verleiten, weil Walter Scheel im vergangenen Frühjahr seine Präferenz für einen Bündniswechsel der Freien Demokraten deutlich zu erkennen gegeben hatte. Auch wird dem Präsidenten ja aus zurückliegender Zeit der Ausspruch zugeschrieben, er wolle niemanden zur Kanzlerwahl vorschlagen, der sich nicht mindestens auf eine Mehrheit von zehn Abgeordneten stützen könne.

Opposition von Mainz oder Bonn aus?

Mitte dieser Woche sah es freilich so aus, als seien Schmidt und Genscher trotz der für sie deprimierenden Stimmenverluste der Regierungsparteien zunächst in einer angenehmeren Lage als Kohl. Zwischen ihnen besteht in der zentralen Frage eine krisensichere Übereinkunft: weiter zusammen zu regieren. Helmut Kohl kann nicht darauf hoffen, die Freien Demokraten umzustimmen; und Überläufer, wenn es sie denn gäbe, würde er, dem Stilfragen vieles bedeuten, nicht akzeptieren. Zugleich muß er sich noch schlüssig werden, von wo aus er den künftigen Kampf gegen den Kanzler weiterführen will: aus der Distanz seiner Mainzer Kanzlei oder in der Machtposition des Fraktionsvorsitzenden, die das Risiko birgt, daß er in der Plackerei des Alltags versinkt. Oder will Kohl hierzu das Amt des Bundesratspräsidenten nutzen, das er am 1. November antritt, sofern er Ministerpräsident bleibt?

Nur so viel ist sicher: Helmut Kohl wird seinen Kampf zur Erringung der Regierungsherrschaft mit aller Macht fortführen. Die Ausgangslage ist für die Opposition sogar in mancher Hinsicht günstiger, als sie es nach dem Amtsantritt von Willy Brandt im Herbst 1969 gewesen ist.

Erstens: Schmidt und Genscher stützten sich auf eine so schwache Mehrheit, daß ihre Bewegungsfreiheit stark eingeengt ist. Kontroverse Vorhaben setzen wegen der Unions-Mehrheit im Bundesrat nun erst recht jeweils eine *ad hoc* zu bildende Abstimmungsmehrheit voraus, die einer großen Koalition auf Zeit bedenklich nahekommt. Ob Mehrwertsteuer oder Sanierung der Renten, ob Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder Reform des Gesundheitswesens — gegen den erklärten Willen der Opposition läßt sich wenig durchsetzen.

Zweitens: Die Opposition könnte den Bundesrat nun konsequent zur Blockierung der Bundestagsentscheidungen einsetzen — viel rigoroser als bisher. Der große Wahlerfolg vom 3. Oktober könnte sie zur Zermürbungsstrategie und zur völligen Obstruktion verführen.

Drittens: Die Schrumpfung der Sozialdemokraten, eine verdiente Quittung für den Übermut der linken Ideologen nach Willy Brandts Wahlsieg von 1972, hat zunächst eine strikte Selbstdisziplinierung bewirkt. Die Schuldfrage wird bewußt nicht aufgeworfen. Aber hält der Burgfriede, oder flackert der parteiinterne Richtungskampf neu auf? Ein Rückfall in die Jahre 1973/74 würde die Position des Kanzlers schwächen und den Bestand der Koalition gefährden.

Viertens: Der überraschende Stimmenverlust der Freien Demokraten könnte, wenn dieser Trend — bei ihnen und bei den Sozialdemokraten — anhält und die Gemeinsamkeit in der Koalition zu arg strapaziert wird, Existenzbefürchtungen wecken. Die eines Tages ohnedies zu erwartende koalitionspolitische Umorientierung würde hierdurch beschleunigt. Die FDP zeigt sich bei Rückgängen erfahrungsgemäß besonders sensitiv.

Programmierte Polarisierung

Gewiß, nicht viel anders sah es auch vor der Wahl aus. Die nur hauchdünne Regierungsmehrheit hat die Problematik lediglich verschärft. Freilich: Auch ein Wahlsieger Kohl hätte nur eine winzige Majorität vorweisen können. Da in übersehbarer Zeit Kohls Wunsch mit der FDP sich nicht erfüllt und jeder Gedanke an eine Große Koalition völlig abstrus — und auch nicht wünschenswert — wäre, ist die Polarisierung, der vehemente Ansturm der Opposition, programmiert. Die kleine Regierungsmehrheit hat dabei keinen Anspruch auf Schonung. Sie muß sich im Bundestag nach der Decke strecken. Aber dieses Problem ließe sich schlecht und recht bewältigen, sofern Schmidt und Genscher ihre Führungskraft gemeinsam der Koalitionsräson unterwerfen, unterstützt von Wehner und Brandt, von Friderichs und Mischnick. Die numerische Stärke der Regierungsparteien ist ohnedies keine verläßliche Garantie für eine starke Regierung, nicht einmal unbedingt ein Indiz hierfür, wie sich unter Ludwig Erhard oder in der Endphase der Kanzlerschaft Willy Brandts gezeigt hat.

Jedenfalls lauern die ungleich größeren Gefahren für den Kanzler im Bundesrat. Aber ein ständiger Konflikt zwischen Regierung und Opposition, ausgetragen im Bundesrat, wäre nicht nur unerträglich für die gewählte regierende Mehrheit. Eine konstitutionell in dieser Weise nicht vorgesehene Machtprobe müßte zur Lähmung unseres Staates führen.

Die CDU-Ministerpräsidenten Röder und Albrecht bieten seit langem einen Ausweg an. Röder, der an der Saar mit der Patt-Situation, und Albrecht, der in Niedersachsen mit einem Minderheitskabinett jonglieren muß, offerieren den Freien Demokraten den Eintritt in die Regierung. Sie sind bereit, die Stimmführerschaft im Bundesrat dann nur einvernehmlich mit den Freien Demokraten zu handhaben. Aber vor der Wahl befürchteten die Freien Demokraten einen Ansehensverlust. Sie nahmen dafür das Fiasko im Bundesrat hin. Gilt die im Frühjahr von Genscher angekündigte innenpolitische Auflockerung wenigstens jetzt?

Freilich erschöpft sich Regierungsführung ja keineswegs in der Vorlage von Gesetzen. Kanzler und Minister besitzen einen weiten Spielraum für ihr Handeln, das lediglich der generellen Übereinstimmung mit den Regierungsparteien bedarf. Wenn nicht von außen total neue Umstände über den Kanzler hereinbrechen — etwa ein Sieg Alfred Dreggers bei einer künftigen Landtagswahl in Hessen —, dann besitzt die Koalition eine Chance des Überlebens. Die Gefahr eines unrühmlichen Untergangs kann die Regierung durch solide Leistung überwinden; ihre Anstrengungen dürfen sich nur nicht darin erschöpfen, lediglich den Erhalt der eigenen Macht zu sichern.

Zeichen des Sieges

Lockruf am Ussuri

Hat die Entspannung Moskau–Peking eine Chance?

Von Karl-Heinz Janßen

Das sowjetische Versöhnungsangebot an die Nachfolger Mao Tse-tungs ist ein Meisterstück klassischer Staatsräson. Nichts hatte die chinesische Führung in den drei Wochen seit dem Tode des großen Vorsitzenden unversucht gelassen, um den russischen Bären bei grimmiger Laune zu halten. Das Beileidstelegramm des sowjetischen Zentralkomitees wurde als beleidigend zurückgewiesen; die antisowjetische Propaganda überschlug sich in den schrillsten Tönen; in schrecklichen Farben malten die Pekinger Politpropheten die Vision eines von Moskau inszenierten Dritten Weltkriegs an die Wand („Die neuen Zaren werden Westeuropa wie ein Stück Fleisch grillen").

Unbeirrt von solch geifernden Anklagen, die selbst vor Vergleichen mit Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler nicht zurückscheuen, haben die Männer um Leonid Breschnjew ihren Appell zur Entspannung im Kalten Krieg zwischen Moskau und Peking wiederholt, zum erstenmal ohne jegliche polemische Zutaten. Gleich dreimal bekräftigten sie ihren Willen zur Normalisierung der Beziehungen: durch ein Glückwunschtelegramm zum chinesischen Nationalfeiertag, durch einen Grundsatzartikel des ominösen „Alexandrow" in der *Prawda* (hinter dem Pseudonym verbirgt sich ein Mitglied des Politbüros, vielleicht sogar der Generalsekretär persönlich) und durch die Rede Außenministers Gromykos vor der UN-Vollversammlung.

In dem Angebot, die Beziehungen zwischen den beiden verfeindeten Staaten nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten, verbirgt sich ein für Moskau erstaunliches Maß an ideologischer Selbstbeschränkung. Eigentlich dürften diese Prinzipien nur zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung angewandt werden. Mao Tse-tung hatte den ideologischen Bruch zwischen den Bruderparteien gerade dadurch irreparabel gemacht, daß er dem sowjetischen Staat das Prädikat „sozialistisch" aberkannte. Seither gilt die Sowjetunion den Chinesen abwechselnd als sozialimperialistisch, sozialfaschistisch oder sozialmilitaristisch.

Niemand, auch in Moskau nicht, kann erwarten, daß China seinen außenpolitischen Kurs von heute auf morgen ändert. Gleichwohl werden Maos Nachfolger, wenn sie sich von der Haßliebe des Großen Vorsitzenden frei machen, in den kommenden Monaten kühl die Vorteile und Nachteile einer zwischenstaatlichen Entspannung abwägen. An einer dauernden Kriegsgefahr im Norden kann ihnen nicht gelegen sein, zumal ihnen wohlmeinende Ex-Verteidigungsminister von Strauß bis Schlesinger die nahezu tödlichen Schwächen der chinesischen Landesverteidigung unverblümt aufgezeigt haben. Ein Ende der jahrelangen Teilmobilmachung in den Grenzregionen würde die chinesische Wirtschaft erheblich entlasten. Auch könnte eine gewisse Annäherung an Moskau den Spielraum der Pekinger Diplomatie in den festgefahrenen Verhandlungen mit Washington und Tokio erweitern.

Freilich ist jedem Erben Maos bewußt, welches Fernziel der Kreml im Visier hat: die Rückführung der chinesischen Kommunisten in den Schoß der auf Moskau eingeschworenen Völkerfamilie. Anders gesagt: die Unterwerfung unter die Breschnjew-Doktrin und unter das ideologische Führungspostulat Moskaus. Das müssen sie ablehnen. Schismen sind allenfalls in Jahrhunderten zu überwinden — das lehrt die historische Erfahrung. Keiner der neuen Führer Chinas kann regieren, ohne sich auf den „Ketzer" Mao zu berufen. Wollte sich einer mit den sowjetischen Genossen verbrüdern, müßte er Mao verleugnen.

Breschnjew hat, zuletzt auf dem Parteitag Ende Februar, dem Maoismus den „unversöhnlichen Kampf" angesagt; dieser Kampf würde auch unter den Auspizien einer zwischenstaatlichen Entspannung weitergehen. Mögen beide Staaten ihre Truppen an der siebentausend Kilometer langen Grenze von Sinkiang bis zum Ussuri zurückziehen, mögen sich ihre Unterhändler über Gewaltverzicht und Grenzregulierung einigen, die Ideologien und die Interessen beider würden sich dennoch überall sonst so hart stoßen wie eh und je: in den Vereinten Nationen und auf den Weltwirtschaftskonferenzen, im Pazifik, in Südostasien und auf dem indischen Subkontinent, in der arabischen Welt und in Afrika.

Weil er auf die Fortdauer dieser natürlichen Rivalität vertraute, hat Henry Kissinger der Versuchung widerstanden, noch vor dem Tode Maos das Verhältnis zwischen Amerika und China vollends zu normalisieren und den Verbündeten Taiwan auf dem Altar der neuen Freundschaft zu opfern. Selbst eine nur schrittweise Verbesserung in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Weltmächten würde das gesamte weltpolitische Parallelogramm der Kräfte verschieben — sicherlich nicht immer zugunsten des Westens.

WAHL 1976

Nach der Wahl

Die Beinahe-Sieger der Union, die Beinahe-Verlierer der Koalition: Carl-Christian Kaiser und Rolf Zundel analysieren die Lage in den beiden Bonner Lagern (Seiten 2/3).

Warum hat wer wie gewählt? Eine Interpretation des Wählerverhaltens von Professor Rudolf Wildenmann (Seite 4).

Wenig Freude am eigenen Erbe. Dieter Piel: Bei der Lösung der großen wirtschaftlichen Probleme ist der Koalitions-Konflikt programmiert (Seite 17).

Umlauert von Gefahren: Wie die Teilnehmer der Weltwährungskonferenz die Bundesrepublik und ihre Umwelt sehen, berichtet Rudolf Herlt (Seite 18).

Dem Ende zu

Die Plädoyers der Anklage im Stammheimer Prozeß sind um Monate früher begonnen worden, als die Öffentlichkeit hatte hoffen dürfen. Es ist gut, daß dieser Prozeß nun bald zu Ende geht. Er hat den Rechtsstaat nicht nur die unsägliche Mühe gekostet, sein auf die Mitwirkung von Angeklagten gegründetes Strafverfahren an Menschen zu erproben, die dieses Verfahren von Grund auf verneinten und sich ihm entzogen; es hat ihn ein Stück seiner selbst gekostet.

Unser Strafprozeßrecht wurde im Zeichen von Stuttgart-Stammheim wiederholt geändert, angepaßt, nun: verbogen. Die Verteidiger haben ihr Recht auf ungehinderten schriftlichen Verkehr mit dem Beschuldigten eingebüßt; demnächst werden sie es auch für den mündlichen Umgang verlieren. Von einigen schwarzen Schafen wurde die ganze Herde grau gefärbt. Die Waffenungleichheit zwischen Anklage und Verteidigung ist mittlerweile bis ins Extrem getrieben; hinzu kommt die Kopflastigkeit eines Strafgerichts, das die Funktionen des Schulderkennens, der Sitzungspolizei und der Inquisition auf sich und seinen vorsitzenden Richter vereinigt hat. Richter Prinzing gab in Stuttgart-Stammheim über anderthalb Jahre hinweg kein überzeugendes Beispiel dafür, wie solche Bürde ohne Nachteil für die Gerechtigkeit zu balancieren wäre.

Der teuerste Preis, den wir den Terroristen gezahlt haben, war nicht der Verlust der Güter, die sie zerstört, oder der Menschen, die sie getötet haben mögen. Es war der Preis der Angst, der Verlust des Augenmaßes, die Überreaktion. Sie haben uns alle ein Stück weit dorthin manipuliert, wohin sie uns haben wollten: in jene rechte Ecke, wo es mit Recht und Rechtlichkeit nicht mehr so pingelig genau genommen wird wie früher.

H. Sch.

Pentagon-Ente

Der Oberleutnant Belenko, der dem Westen jüngst ein Exemplar der legendären MiG-25 frei Haus lieferte, hat dem amerikanischen Verteidigungsministerium nur einen halben Liebesdienst erwiesen. Erst vor drei Jahren haben amerikanische Militärs diesen sowjetischen Flugzeugtyp als den „besten Abfangjäger der Welt" in den Himmel gelobt: Eine skeptische und ausgabenscheue Öffentlichkeit sollte bangen, daß es den Sowjets wieder einmal gelungen war, die eigenen Waffen technologisch zu überflügeln.

Heute wissen wir: Die sowjetischen Spitzenleistungen fanden hauptsächlich in den werbewirksamen Höhenflügen der Pentagon-Phantasie statt. Der Wundervogel entpuppte sich als kurzbeinige und kurzatmige Ente, die als Jäger gerade noch mit der 15 Jahre alten F-4 „Phantom" mithalten kann. Gewiß, Höchstgeschwindigkeit und Gipfelhöhe der MiG übertreffen die Spitzenwerte der westlichen Konkurrenz. Aber im Hinblick auf Kurvenfestigkeit, Beschleunigung, Reichweite, Avionik und Feuerkraft hinkt die „Foxbat" der F-15 und F-16 der Amerikaner weit hinterher. Die MiG-Elektronik steckt noch im Röhren-Zeitalter. An Stelle der erwarteten Titanlegierung fanden sich schlichte, aber gewichtige Stahlplatten.

Belenkos Morgengabe war denn ein Bärendienst. Das Pentagon hat wieder einmal „Wolf" gerufen, doch vor der Tür stand nur ein plumper Jumbo. Der Kongreß wird künftig die Unkenrufe der US-Generäle und ihre unersättlichen Ausgabenforderungen zu Recht nicht mehr ganz so ernst nehmen. (Siehe auch Seite 8) *jj*

DIESE WOCHE

Politik	1—12
Politische Woche	8
Länderspiegel	13—15
Wirtschaft	17—31
Immobilien	26
Themen der Zeit	32
Feuilleton	33—38
Theaterspielpläne	39
Literatur	40—43
Kritik und Information	44
Politisches Buch	45—46
Berufe	47—51 a
Leserbriefe	51 b—52
Impressum	42, 52
Reise	53—60
Wissenschaft	66
Sport	67
Modernes Leben	61—65, 69—70

22/23 Vetorecht für Mitarbeiter
Michael Jungblut: Auch im Unternehmen können Entscheidungen demokratisch vorbereitet werden.

33/34 Ganz Afrika ist bedroht
Hubert Fichte sprach mit Senegals Dichter-Präsidenten Léopold Senghor.

61/62 Nachruf auf eine historische Landschaft
Peter Hemmerich zeigt, wie die Bodenseewelt von den Autobahnbauern verschlissen wird.

Wenn doch der Bauch ein Fenster hätte . . .
Professor Helmut Kentler kommentiert ein Berliner Experiment: Vier- und Fünfjährige durften die Schwangerschaft ihrer Kindergärtnerin miterleben.